



Niederschrift

70. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 23.10.2002
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:06 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Dr. Arlt, Klaus	SPD	
Frau Geywitz, Klara	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Reichelt, Dietmar	SPD	
Herr Prof. Dr. Rüdiger, Günther	SPD	ab 17:15 Uhr
Herr Dr. Gunold, Klaus	PDS	
Herr Krause, Siegmар	PDS	
Frau Müller, Birgit	PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	PDS	
Herr Bruch, Stefan J.	CDU	ab 17:20 Uhr
Herr Kapuste, Eberhard	CDU	
Herr Lehmann, Peter	CDU	17:00 - 17:20 Uhr
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Grüne/B90	ab 17:30 Uhr
Frau Platzeck, Ute	BürgerBündnis	ab 17:10 Uhr

Nicht anwesend sind:

Herr Dr. Menning, Manfred	SPD	entschuldigt
Frau Dr. Schröter, Karin	PDS	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 09.10.2002
- 2 Analyse der Standortbedingungen
Vorlage: 02/SVV/0331
siehe Schreiben des amt. OBM vom 18.09.2002 an die Mitglieder des Hauptausschusses und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften
- 3 Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Freizeitpark Drewitz
Vorlage: 02/SVV/0669
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- einschließlich Änderungsantrag Fraktion CDU -
- 4 Spaßbad Drewitz
Vorlage: 02/SVV/0746
Stadtverordneter Cornelius, Fraktion CDU

- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Sachstandsbericht zur Errichtung der Mauerstelen
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 09.10.2002**

Herr Mühlberg begrüßt die Anwesenden und unterbreitet folgenden Vorschlag: Da der TOP 2 in gemeinsamer Sitzung Hauptausschuss und Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften zu behandeln ist, wird dieser vorgezogen. Die Feststellung der Tagesordnung und die Bestätigung des Protokolls erfolgen daran anschließend.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch. Herr Mühlberg stellt fest, dass beide Ausschüsse beschlussfähig sind. Zu diesem Zeitpunkt sind 9 Mitglieder des Hauptausschusses und 5 Mitglieder / 2 sachkundige Einwohner des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften anwesend.

Nach Behandlung des TOP 2 stellt Herr Mühlberg fest, dass die Einladung zur 70. Sitzung des Hauptausschusses ordnungsgemäß erfolgte und der Hauptausschuss mit nunmehr 13 anwesenden Mitgliedern weiterhin beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung werden folgende Hinweise gegeben und Änderungen beantragt:

1. Frau Müller möchte unter dem Punkt „Sonstiges“ einige Anmerkungen zur Zeitschiene der Vorbereitungen der Amtseinführung des neu gewählten Oberbürgermeisters vortragen.
2. Frau Platzek fragt Bezug nehmend auf die Protokolle des Hauptausschusses vom 25.09.2002 und 09.10.2002 nach den zum TOP 10 geforderten Unterlagen, die bereits im Vorfeld der Sitzungen ausgereicht werden sollten.
3. Herr Bruch beantragt, den TOP 10 im öffentlichen Teil zu behandeln, da er keine Gründe gemäß GO erkennen könne, die den Ausschluss der Öffentlichkeit rechtfertigen würden.

Herr Jakobs betont, dass dazu interne Betriebsvorgänge erläutert werden sollen, was nur im nicht öffentlichen Teil möglich sei. Es gehe nicht um konzeptionelle Vorstellungen, die können, wenn gewünscht, im nächsten Hauptausschuss vortragen werden. Der TOP 10 lautet „Bericht über die Geschäftstätigkeit der PT“ – das beinhalte Hintergrundinformationen über die Geschäftstätigkeit. Auf die Nachfrage von Frau Platzek merkt Herr Jakobs an, dass es eben durch die Geschäftstätigkeit von Frau Röhs nicht möglich war, die geforderten Unterlagen in der angemessenen Qualität vorzulegen, was letztlich auch zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses geführt habe.

Herr Bruch zieht seinen Antrag auf Behandlung im öffentlichen Teil unter der Maßgabe zurück, dass in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses die Kon-

zeptionen der PT im öffentlichen Teil behandelt werden.

Drauffin bittet Herr Jakobs um eine Behandlung dieser Angelegenheit in der Sitzung am 27. November 2002. Herr Bruch erklärt sich damit einverstanden.

4. Herr Bruch beantragt, den TOP 8.1 im öffentlichen Teil zu behandeln. Auch hier seien die Gründe für den Ausschluss der Öffentlichkeit nicht gegeben.

Nach Rücksprache mit Herrn John wird der Bericht zum Stand Theaterneubau so weit möglich im öffentlichen Teil gegeben.

5. Herr Kapuste fragt nach der Behandlung seines Anliegens –Stadtschloss unter Bezug auf die Äußerungen des Ministerpräsidenten, dass der Landtagsneubau in diesem vorerst nicht realisiert werden könne. Herr Mühlberg und Herr Jakobs bestätigen eine entsprechende Diskussion unter dem Punkt 5 „Mitteilungen der Verwaltung“.
6. Herr Kapuste bittet um die Berücksichtigung der Berichterstattung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses. Gemäß Beschluss der StVV DS 02/SVV/0396 war dazu die Berichterstattung bereits für Oktober 2002 festgelegt.

Weitere Hinweise und Änderungen werden zur Tagesordnung nicht vorgetragen; die Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung ist damit bestätigt.

Zum Protokoll der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 09.10.2002 werden keine Einwände erhoben; das Protokoll ist damit bestätigt.

zu 2 Analyse der Standortbedingungen

Vorlage: 02/SVV/0331

Herr Wendl geht in seinen Ausführungen auf die Ergebnisse der Umfrage der DIHK für den Kammerbezirk Potsdam ein und bewertet diese mit Blick auf den Wirtschaftsstandort Potsdam. Im Weiteren stellt er wichtige Standortfaktoren dar, die Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns und die Situation des Wirtschaftsstandortes Potsdam. Darüber hinaus erläutert er die Ergebnisse der Abstimmung mit den Kammern, gemäß des Auftrages des Hauptausschusses vom 12. Juni 2002.

Den Mitgliedern des Hauptausschusses und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften liegt die o.g. Berichterstattung schriftlich als Tischvorlage vor.

Herr Mühlberg schlägt anschließend vor, den Bericht zu diskutieren und dann eine Entscheidung darüber zu treffen, ob das Anliegen der DS 02/SVV/0331 damit erfüllt sei.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass das Anliegen des Antrages darin bestand, ihn zum Anlass zu nehmen, zur Wirtschaftsförderung eine Diskussion zu führen, den Stand zu erfassen und Schlussfolgerungen zu ziehen. Insbesondere die Schlussfolgerungen sollten diskutiert werden; ein kritisches Infragestellen dessen, was bisher gemacht wurde, wie es gemacht wurde und was erreicht werden soll; darüber nachzudenken, wie das Wirtschaftsförderkonzept fortgeschrieben werden kann.

Herr Jakobs bezieht sich in seinen Ausführungen auf die unterschiedliche Relevanz der Umfrageergebnisse. Der gegebene Bericht sage aus, dass die Ergeb-

nisse nicht so einfach auf Potsdam übertragen werden können; Potsdam ist positiver zu bewerten. Im Ergebnis der Abstimmungen und Prüfungen seien zusätzliche Umfragen für Potsdam nicht nötig, es gebe ausreichend Daten, die eine Bewertung zulassen. Er stimmt der Fortschreibung des Wirtschaftsförderkonzeptes zu, wobei die einzelnen Punkte auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen seien. Letztlich müsse der Einfluss der Wirtschaftsförderung erhöht werden, um ihren Einfluss auf die gesamte Verwaltung geltend zu machen.

Auf die Nachfrage von Frau Knoblich und Herrn Dr. Scharfenberg zur Leistungsfähigkeit des Bereiches Wirtschaftsförderung der Stadt verweist Herr Wendl darauf, dass wegen der erfolgten Reduzierung der Mitarbeiter verstärkt mit Prioritäten gearbeitet werden müsse. So werden u.a. Projekte auf ihre Erfolgsaussichten hin geprüft und die mit wenig Aussicht auf Erfolg aussortiert. Der Investorenservice kann auf Grund der personellen Situation nicht entwickelt werden.

Frau Platzeck verweist auf ungünstige Bedingungen für Investoren in der Stadt, wie die hohen Immobilienpreise und die Erhöhung des Gewerbesteuersatzes. Herr Kapuste bittet, in der weiteren Arbeit mehr auf das Umland einzugehen und die Frage zu stellen, was getan werden müsse, um das was da ist, zu erhalten und zu verbessern sowie welche Forderungen gegenüber Land und Bund geltend zu machen seien.

Frau Hüneke plädiert für eine Stärkung der Projektteams. Ein enges Zusammenwirken aller Beteiligten mache auch Standortqualität aus. Herr Prof. Dr. Rüdiger betont, dass der Bereich der Wissenschaften stärker mit einbezogen werden solle, hierzu ist insbesondere das Jahr der Wissenschaften zu nutzen.

Herr Mühlberg fasst anschließend die Diskussion in folgende Punkte zusammen:

1. In der Beratung des Themas „Analyse der Standortbedingungen“ wurde klargestellt, dass das Ergebnis der DIHK-Umfrage den **Kammerbezirk** Potsdam und nicht die **Stadt** Potsdam betreffe; der Platz 65 bezieht sich auf den Kammerbezirk.
2. Potsdam stehe besser da, als das o.g. Ergebnis vermuten lasse.
3. Alle Wünsche nach Veränderung sind mit finanziellen Aufwendungen verbunden.
4. Das Wirtschaftsförderkonzept ist unter Beachtung der durch Bund und Land gesetzten Rahmenbedingungen, weiter fortzuschreiben.

Herr Jakobs schlägt daraufhin vor, das veränderte Konzept für die Arbeit des Bereiches Wirtschaftsförderung (Bildung eines FB Wirtschaft, Marketing und Kommunikation) mit einer Überarbeitung des Wirtschaftsförderkonzeptes zu verbinden und im April 2003 der StVV in Form einer Mitteilungsvorlage vorzulegen. Die Diskussion dieser MV solle wieder in einer gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses mit dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften erfolgen.

Anschließend erklärt Herr Dr. Scharfenberg, dass es mit dem Antrag 02/SVV/0331 nicht um die Umfrage ging, sondern darum, die Umfrage zum Anlass zu nehmen, den Standort Potsdam zu beleuchten. Mit der bisherigen Diskussion und der von Herrn Jakobs vorgeschlagenen Verfahrensweise habe sich der Antrag ohne Beschlussfassung der StVV **erledigt**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

siehe Schreiben des amt. OBM vom 18.09.2002 an die Mitglieder des Hauptausschusses und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

zu 3 Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Freizeitpark Drewitz

Vorlage: 02/SVV/0669

siehe TOP 4

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- einschließlich Änderungsantrag Fraktion CDU -

zu 4 Spaßbad Drewitz

Vorlage: 02/SVV/0746

Zu den TOP 3 und 4 schlägt Herr Mühlberg vor, anlehnend an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen zu verfahren und beide Anträge bis zum Februar 2003 zurückzustellen.

In der sich anschließenden Diskussion spricht sich Herr Dr. Scharfenberg für eine sofortige Entscheidung, nämlich die Ablehnung der o.g. Anträge aus, weil sonst den Gesprächen mit dem Investor die Grundlage entzogen werde. Einer Vertagung könne er nur zustimmen, wenn die Verwaltung klarstelle, dass die Gespräche mit dem Investor laufen, der Vertrag vorbereitet werde und der Beschluss der StVV nicht gefährdet sei.

Ebenso spricht sich Frau Hüneke gegen eine Vertagung aus.

Herr Kapuste, Herr Prof. Dr. Rüdiger und Herr Lehmann sind für die Vertagung der beiden Tagesordnungspunkte; Herr Jakobs betont, dass die Beratung und Entscheidung der o.g. Anträge kontraproduktiv sei.

Abstimmung:

Der Vertagung der DS 02/SVV/0669 und 02/SVV/0746 bis Februar 2002 wird mit

8 JA-Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen zugestimmt.

Stadtverordneter Cornelius, Fraktion CDU

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Sachstandsbericht zur Errichtung der Mauerstelen Sachstandsbericht zur Errichtung der Mauerstelen

Herr Ofcsarik bestätigt in seinen Ausführungen die Einweihung der ersten Stele am 08.11.2002. Namens der Antragstellerinnen CDU und BürgerBündnis äußert Herr Kapuste sein Unverständnis darüber, dass mit keiner von beiden eine Ab-

stimmung über die Zeit der Einweihung erfolgte. Der 08.11.2002, 14:00 Uhr ist für Berufstätige sehr ungünstig; außerdem sollten die Initiatoren hier mehr einbezogen werden. Herr Jakobs bittet Herrn Ofcsarik, gemeinsam mit den Antragstellerinnen eine gemeinsame Abstimmung zu führen und sich zum Zeitpunkt zu einigen.

Bericht zum Theaterneubau

Herr Jakobs informiert aus aktuellem Anlass über die Finanzierung des Vorhabens, da seitens des Landes ein teilweiser Widerruf der Mittel des Hauptstadtvertrages erfolgt sei, mit dem Auftrag an die Stadt zu prüfen, ob die Mittel im gesamten Umfang benötigt werden. Dazu wird es einen Anhörungstermin am 15. November 2002 beim Land geben. Herr Jakobs wertet diesen Schritt des Landes als falsches politisches Signal, weil hier keine Berücksichtigung der einzelnen Projekte erfolgt sei. Auf politischer Ebene hätte eine Wertigkeit von vornherein geprüft werden können. Beim Theaterneubau gehe es auch um zwei weitere wichtige Investoren - Oracle und VW. Seitens der Verwaltung müsse nun aufgelistet werden, wie viel Mittel durch Aufträge gebunden sind und dann müsse die Anhörung abgewartet werden. Auf Nachfrage von Herrn Bruch, ob bis dahin keine neuen Aufträge vergeben werden können, antwortet Herr Jakobs, dass es keine Anordnung gebe, in diesem Zusammenhang etwas zu stoppen. Ebenfalls auf Nachfrage von Herrn Bruch bestätigt Herr John, dass der Kaufvertrag abgeschlossen sei. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass der Ministerpräsident hier im Wort stehe und schlägt vor, die Auffassung des Hauptausschusses durch eine Abstimmung zum Ausdruck zu bringen. Damit könne der amtierenden Oberbürgermeister bei der Anhörung unterstützt werden. Herr Mühlberg und Herr Jakobs unterstützen diesen Vorschlag; eine politische Reaktion könne die Position des amtierenden OBM stärken. Herr Prof. Dr. Rüdiger und Herr Kapuste sprechen sich gegen den Vorschlag aus. Herr Bruch empfiehlt, eine Stellungnahme in Form eines Dringlichkeitsantrages in der StVV abzustimmen. Herr John ergänzt die Ausführungen zum Stand des Theaterneubaus dahingehend, dass die Planungsarbeiten harmonisch verlaufen; es gebe wöchentliche Planungsberatungen. Die Bauarbeiten beginnen im März 2003; derzeit werden die entsprechenden Ausschreibungen vorbereitet. Weiteres dazu führt Herr John im nicht öffentlichen Teil aus.

Stadtschloss

Herr Jakobs führt dazu aus, dass der Ministerpräsident anlässlich der Einweihung des Fortunaportals die genannte Aussage zum Stadtschloss getroffen habe, was er persönlich sehr bedauere, aber in Anbetracht des Haushaltsdefizits des Landes nachvollziehen könne. An den Erschließungsarbeiten werde weiter festgehalten, weil die Entscheidung, dass Stadtschloss/Landtagsneubau nicht kommen, noch nicht gefallen sei. In Vorbereitung der Länderfusion Berlin/Brandenburg tue man gut daran, am Stadtschloss festzuhalten, um den Sitz des zukünftigen Landtages in Potsdam zu sichern. Darüber hinaus seien damit auch wichtige Stadtentwicklungsaufgaben verbunden. Herr Mühlberg verweist darauf, dass in den nächsten Jahren noch keine Baukosten entstehen und es positiv zu bewerten sei, wenn die Landtagsfraktionen keine anderen Varianten verfolgen. Herr Dr. Scharfenberg sieht eine erhebliche Veränderung in den Ausgangsbedingungen. Wenn keine anderen Varianten geprüft werden, gebe es auf längere Zeit keine Entwicklung auf dem Alten Markt. Deshalb seien auch die Erschließungsarbeiten in Frage zu stellen und zu prüfen, welche dringend erforderlich seien. Herr Kapuste spricht sich dagegen aus, die Maßnahmen „zurückzudrehen“, vielleicht sollte es etwas gedämpft werden, um den Theaterbetrieb nicht zu stören. Nicht's zu ma-

chen sei aber das falsche Signal. Auf Nachfrage einiger Hauptausschussmitglieder erläutert Herr Jakobs, dass 634.000 € für den Straßenbau sowie weitere 1,7 Mio € an Aufträgen ausgelöst seien. Im Wesentlichen seien das Fördermittel – ca. zu 92 %. Die Reduzierung der Einschränkungen für das Hans-Otto-Theater sei eine Frage der Planung.

zu 6

Sonstiges zeitlicher Ablauf für die Amtseinführung des neu gewählten Oberbürgermeisters

Frau Müller gibt folgenden Zeitplan für die Amtseinführung bekannt, der mit dem Bereich Statistik und Berichtswesen abgestimmt wurde:

30.10.2002, 15 Uhr	Kreiswahlausschusssitzung: Feststellung des endgültigen Ergebnisses
30.10.2002, 16 Uhr	Übergabe der Wahlbekanntmachung an 93.3 zur Bekanntgabe im Amtsblatt
4.11.2002	Erscheinen des Amtsblattes
18.11.2002	Ende der Einspruchsfrist gegen die Gültigkeit der Wahl (§79 BbgKWahlG)
19. bis 22.11.	Tagung des Wahlprüfungsausschusses, falls Wahleinsprüche eingehen. Erarbeitung einer Empfehlung zur Beschlussfassung der StVV über die Gültigkeit der Wahl (§ 80 Abs. 1 BbgKWahlG).
25.11.2002	Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl
28.11.2002	Frühestmöglicher Termin der Ernennung des OBM (§ 145 Abs. 3 Landesbeamtengesetz). Die Ernennung soll unverzüglich erfolgen, jedoch nicht vor diesem Termin. (§ 74 Abs. 1 letzter Satz BbgKWahlG).

Frau Müller schlägt weiterhin vor, in der Sitzung der StVV am 25.11.02 auch die Tagesordnungspunkte zu behandeln, die in der Sitzung am 06.11.02 nicht abgearbeitet werden konnten. Der Festakt für die Ernennung des Oberbürgermeisters soll 13:00 Uhr beginnen, da der Jugendhilfeausschuss ab 16:30 Uhr tagt.

Erschließungsarbeiten auf dem Alten Markt

Frau Dr. Lotz bittet eindringlich darum, die Bedenken des Hans-Otto-Theaters zur Kenntnis zu nehmen und die Absprachen zu beeinflussen. Herr Dr. Scharfenberg fordert, die Maßnahmen auf das notwendige Maß zu beschränken.

Jahr der Wissenschaften

Unter Bezugnahme auf ein Gespräch mit der Uni Potsdam bittet Herr Dr. Scharfenberg, diese in die Vorbereitungen mit einzubeziehen. Herr Jakobs verweist auf eine entsprechende Mitteilungsvorlage in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die am 24.10.02 ausgereicht wird.

Termin mit den Landtagsabgeordneten gemäß DS 02/SVV/0529

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach der Umsetzung der o.g. Drucksache, die den Auftrag an den Oberbürgermeister enthält, *die für die Stadt Potsdam zuständigen Landtagsabgeordneten von SPD, CDU und PDS zu einem Gespräch einzuladen, in dem die Vorstellungen der Stadt zur inhaltlichen Gestaltung des Finanzausgleichsgesetzes vermittelt und diskutiert werden.* Herr Jakobs bestätigt, dass entsprechende Vorbereitungen laufen und der Gesprächstermin den Fraktionen

in der nächsten Woche mitgeteilt wird.

Gemeindefinanzierungsgesetz

Herr Dr. Scharfenberg regt an, Minister Schönbohm oder einen anderen kompetenten Vertreter des Innenministeriums in den Hauptausschuss einzuladen, um über das Gemeindefinanzierungsgesetz und seine Auswirkungen auf die kreisfreien Städte zu diskutieren. Herr Jakobs spricht sich dafür aus, dieses Gespräch nicht im Alleingang zu führen, sondern mit allen kreisfreien Städten und dem Städte- und Gemeindebund.

BUGA-Nachnutzungskonzept

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg bestätigt Herr Jakobs, dass die überarbeitete Vorlage zur BUGA-Nachnutzung am Montag, 04.11.2002 an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung ausgereicht wird.

Abschlussbericht GABI

Herr Bruch fragt, ob entsprechende Pressemeldungen richtig seien, dass der Abschlussbericht zu GABI vorliege. Herr Jakobs bestätigt den Abschluss der Prüfung und das Vorliegen des entsprechenden Prüfvermerks. Dieser soll im Ausschuss für Gesundheit und Soziales ausgereicht werden; bei Bedarf könne dies auch im Hauptausschuss zur Kenntnis genommen werden. Herr Bruch antwortet darauf, dass er eine Mitteilungsvorlage für angemessen finde, an der der Prüfvermerk angefügt werde.